



Alois von Erhardt

1870–1887

von Manfred Peter Heimers

Amtsantritt Der Amtsantritt Alois von Erhardts als Erster Bürgermeister am 14. Juni 1870 markierte einen Wechsel in den Geschicken der Landeshauptstadt: Die Einführung der Gewerbefreiheit 1868 hatte einen gewerblichen Aufschwung zur Folge. Die Gemeindeordnung von 1869 hatte die kommunale Selbstverwaltung erheblich gestärkt und die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten weitgehend auf die Rechtsaufsicht beschränkt.¹ Mit Erhardt übernahm erstmals ein Vertreter des linksliberalen Bürgertums die Verantwortung für München. An die bisher obrigkeitlich geprägte Stadtspitze trat damit erstmals ein Parteipolitiker.

Berufliche und
politische Laufbahn

Geboren wurde Erhardt am 16. Juni 1831 in Speinshart in der Oberpfalz als Sohn eines Volksschullehrers.² Er studierte bis 1854 in München und Erlangen Jura. Seinen Vorbereitungsdienst leistete er am Landgericht und am Rentamt in Eschenbach. Von 1858 bis 1862 arbeitete Erhardt in Weiden in der Kanzlei des liberalen späteren Staatsministers Gustav von Schlör. Danach trat er eine Stelle bei der bayerischen Ostbahngesellschaft an. Vier Jahre später wurde er als Rechtsanwalt am Bezirksgericht Deggendorf zugelassen. Zwei Jahre später erhielt er eine Zulassung als Rechtsanwalt am Bezirksgericht München rechts der Isar. In München machte Erhardt eine rasche Karriere als Kommunalpolitiker linksliberaler Orientierung, wie sie die Fortschrittspartei repräsentierte. Um an den Gemeindewahlen teilnehmen zu können, erwarb er am 28. Oktober 1868 das Münchner Bürger- und Heimatrecht. Am 9. Dezember 1869 kandidierte er als Vertreter einer Verbindung von Fortschrittspartei und liberaler Mittelpartei als Gemeindebevollmächtigter. Die Wahlen endeten nach einem mit bisher ungewohnter Schärfe geführten Wahlkampf mit einem Sieg der Liberalen. Sie erhielten trotz einer Stimmenmehrheit für die Patriotenpartei erstmals die Mehrheit der Sitze im Gemeindebevollmächtigtenkollegium. Erhardt wurde zum Ersten Vorstand der Gemeindebevollmächtigten gewählt.³ Der Wahlsieg hatte bei den Liberalen das Verlangen geweckt, die Geschicke der Stadt zu

lenken. Nach Angriffen gegen die Geschäftsverteilungspolitik und Vorwürfen gegen das verschwenderische Haushaltsgebaren des Magistrats traten die beiden bisherigen Bürgermeister Anfang Mai 1870 zurück. Erhardt wurde zum Ersten Bürgermeister gewählt. Zweiter Bürgermeister wurde der bisherige Bürgermeister von Lindau Johannes Widenmayer, der ebenfalls der Fortschrittspartei angehörte.⁴ Seine Antrittsrede hielt Erhardt am 15. Juni 1870, einen Tag nach seiner Amtseinführung. Er hielt es für notwendig zu betonen, dass er sich als Bürgermeister „niemals von den Interessen einer Partei, sondern stets nur von den Interessen der Gesamtbürgerschaft leiten“ lassen werde.⁵

Selbst politische Gegner bescheinigten Erhardt Fleiß und Rednertalent. Von Anfang an zeigte er sich in seiner Amtsführung als energisch und durchsetzungsfähig. Nach dreijähriger Amtszeit erfolgte seine gesetzlich vorgeschriebene Wiederwahl und damit seine endgültige Bestätigung im Amt am 10. Juni 1873 mit 40 von 50 Stimmen.⁶

In der Deutschlandpolitik vertrat Erhardt die kleindeutsche Position der Fortschrittspartei. Ohne offizielle Einladung begab er sich mit den städtischen Kollegien zum Empfang des preußischen Kronprinzen, als dieser am 27. Juli 1870 in München das Oberkommando über die süddeutschen Truppen im Deutsch-Französischen Krieg antrat. Nach dem deutschen Sieg bei Sedan organisierte Erhardt eine Feier vor der Feldherrnhalle, die er mit einer Rede auf ein einiges Reich und ein deutsches Parlament beendete. Kirchenpolitisch war Erhardt ein Gegner der Beschlüsse des Ersten Vatikanischen Konzils, da er sie für unvereinbar mit den Prinzipien des modernen Staates hielt.⁷ Seinem Einsatz war es zu verdanken, dass die Stadt 1870 die Ehrenbürgerwürde erstmals aus politischen Gründen an den katholischen Kirchenhistoriker Ignaz von Döllinger, den herausragenden Gegner der päpstlichen Unfehlbarkeitsbestrebungen, verlieh. In der Folge trat Erhardt der Altkatholischen Kirche bei, die von ihm eine beständige Förderung erfuhr.

Kleindeutscher
und Altkatholik

Reformen in der
Stadtverwaltung und
der Armenpflege

Zunächst war Erhardts kommunalpolitisches Wirken von Reformen der Stadtverwaltung geprägt. In Übereinstimmung mit dem Wahlprogramm der Fortschrittspartei vom August 1869 setzte er sich für eine Öffnung der Magistratstätigkeit ein und erreichte, dass die Gemeindebevollmächtigten an den geheimen Magistratssitzungen teilnehmen durften.⁸ Ihm gelang eine grundlegende Magistratsreform, indem er die bestehenden 32 Ausschüsse und Kumulativkommissionen durch sechs reguläre und vier temporäre Ausschüsse ersetzte.⁹ Um die städtischen Bediensteten im Falle einer Berufsunfähigkeit abzusichern und deren Angehörige im Todesfall zu versorgen, setzte er die Gründung einer von der Stadt mitfinanzierten Pensionsanstalt durch.

In der öffentlichen Armenpflege gelang Erhardt 1870 eine von liberalen sozialpolitischen Vorstellungen geprägte Reorganisation. Durch eine Dezentralisierung und Individualisierung sollten Unterstützungsbedürftige schneller Arbeit finden und die Kosten für die Armenpflege gesenkt werden.¹⁰

Stadthygiene

Der Schwerpunkt in Erhardts Agenda lag auf dem Kampf für die Verbesserung der Stadthygiene. Dass die über die Stadt verteilten Hausschlachtereien eine Gesundheitsgefahr darstellten, hatte man bereits vor einiger Zeit erkannt, aber erst 1871 ermöglichten gesetzliche Regelungen, alle Schlachtereien unter kommunaler Kontrolle in einer zentralen Anstalt zuzulassen. Der daraufhin verwirklichte städtische Schlacht- und Viehhof konnte 1878 eröffnet werden.

Nachdem eine erneute Choleraepidemie mit 1.460 Opfern in den Jahren 1873 und 1874 den Handlungsdruck erhöht hatte, berief der Magistrat 1874 eine Sonderkommission ein, der auch der Hygieniker Max von Pettenkofer und der Geologe Wilhelm von Gümbel angehörten. Sie legte Vorschläge für Verbesserungen bei Kanalisierung, Unratabfuhr und der Wasserversorgung vor, die erstmals den Weg zu einer planenden Vorsorge beschritten. Nach Voruntersuchungen, zu denen nicht zuletzt ein probeweiser Biersud in der Brauerei des Franziskaner-Kel-

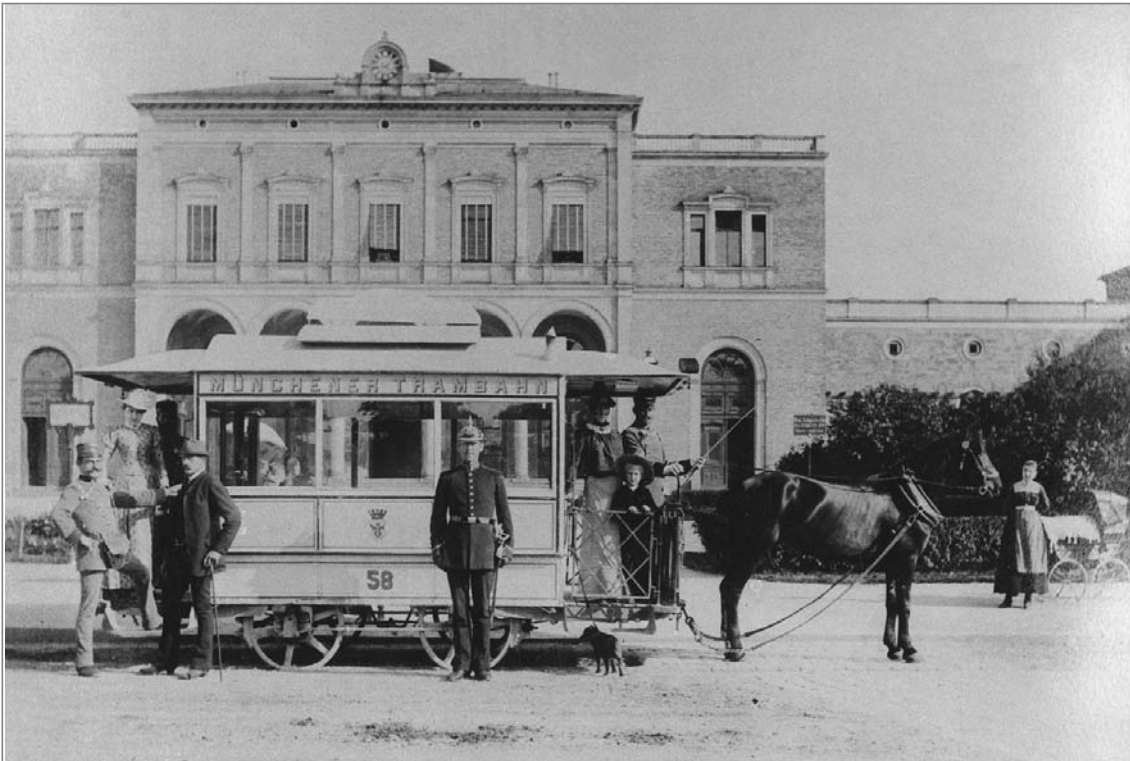
lers gehörte, entschied sich die Stadt, ihr Trinkwasser künftig aus dem Quellgebiet der Mangfall zu beziehen. 1883 konnte das Mangfallwasser in das Münchner Leitungssystem eingespeist werden. Die Widerstände gegen die im Zusammenhang mit dem Bau eines einheitlichen Kanalisationssystems von der Sonderkommission empfohlene Einführung der Schwemmkanalisation ließen sich dagegen nicht völlig beseitigen. Insbesondere Landwirte sahen ihre Düngerversorgung gefährdet und kämpften deshalb für eine Fäkalienabfuhr. Gegen das Votum Pettenkofers und Erhardts, der immer wieder die Beispiele anderer Großstädte und Englands anführte, beschlossen die städtischen Gremien im Juli 1880, zunächst einmal nur das städtische Kanalisationssystem zur Grundstücksentwässerung auszubauen, die Fäkalieneinleitung aber zu verbieten. Allerdings erhielten die neuen Kanäle Dimensionen, die bei Bedarf eine Nutzung für die Schwemmkanalisation erlaubten.¹¹

In engem Zusammenhang mit diesen Maßnahmen standen die Bemühungen Erhardts, die polizeilichen Kompetenzen Münchens auszuweiten, die nach der Gemeindeordnung von 1869 noch zwischen der königlichen Polizeidirektion, der Lokalbaukommission und dem Stadtmagistrat aufgeteilt waren. Ein von der Stadt 1873 vorgelegter Gesetzesvorschlag, die gesundheitspolizeilichen und die auf das Engste damit zusammenhängenden bau- und straßenpolizeilichen Zuständigkeiten ganz in die Hände der Stadt zu legen, wurde von Erhardt damit begründet, „daß nicht durch kleinliche polizeiliche Mittel die öffentliche Gesundheit verbessert wird, sondern daß nur durch große öffentliche Einrichtungen dieses Ziel erreichbar ist“. Es sei der Stadt nicht zuzumuten, den erforderlichen Sachverstand bereitzustellen und die notwendigen Investitionen zu tätigen, gleichzeitig aber nur der Befehlsempfänger staatlicher Behörden zu sein. Allerdings scheiterten diese Bestrebungen daran, dass sich die beiden Kammern des Landtags nicht auf eine gemeinsame Position verständigen konnten.

Polizeiliche
Kompetenzen

Ausbau der
Infrastruktur

Erhardts Sorge galt auch dem infrastrukturellen Ausbau Münchens zu einem modernen Wirtschaftsstandort. Nachdem es bereits erste Pferdeomnibuslinien gab, befürwortete Stadtbaurat Arnold Zenetti 1872 die Einrichtung einer Pferdetrambahn außerhalb der Altstadt. Allerdings scheute der Magistrat davor zurück, eine solche Bahn unter städtischer Regie zu verwirk-



Pferdestraßenbahn vor
dem Ostbahnhof,
um 1880

lichen, da ihr Betrieb anders als etwa die Kanalisation noch nicht als allgemeine Notwendigkeit angesehen wurde und die Stadt weitere Lasten scheute. Erhardt gelang es, 1876 einen Vertrag mit dem Brüsseler Ingenieur Edouard Otlet abzuschließen, der für 30 Jahre die Konzession zum Betrieb einer Pferdestraßenbahn mit Linien zwischen Nymphenburg und dem Ostbahnhof sowie zwischen Schwabing und der Theresienhöhe erteilte. Die durch französisches Aktienkapital erweiterte Firma Otlets wurde 1882 auf Druck der Stadt als Münchener Trambahn-AG mit deutschem Betriebskapital weiter ausgebaut. 1907 ging diese Fir-

ma schließlich völlig in städtischen Besitz über und bildete den Grundstock für den Unternehmensbereich Verkehr der Stadtwerke München GmbH.¹²

Durch die Ausweitung der kommunalen Zuständigkeiten vergrößerte sich der städtische Verwaltungsapparat, der seit September 1874 sein Zentrum in dem nach den Plänen Georg Hauberrissers erbauten Neuen Rathaus am Marienplatz fand¹³, deutlich. Die Stadtverwaltung wurde mit 731 Beamten und Bediensteten bis Ende 1887 zu einem der größten Arbeitgeber in München.

Die Einwohnerzahl der Stadt wuchs zwischen 1870 und 1890 um mehr als das Doppelte von 170.000 auf 350.000. Zwar vergrößerte sich München noch bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts vorwiegend durch die Verdichtung seiner Bebauung innerhalb der Stadtgrenzen, gleichzeitig griff der städtische Siedlungsraum auf die Nachbargemeinden über. Dieses Wachstum wollte der Magistrat unter Erhardts Ägide nach dem Rückzug des Königshauses aus der Planung Münchens zunächst nicht steuern. Er überließ es privatem Unternehmertum, im Süden und Osten der Stadt neue Wohn- und Arbeitsquartiere zu entwickeln. Bedingt durch das Wachstum über Gemeindegrenzen hinweg sprach sich 1873 Sendling für eine Eingemeindung nach München aus. Erst 1875 befürwortete dies der Magistrat, da eine weitere Verゾgerung teurer werden wür-



Wachstum Münchens
und Investitionen in
Erziehung und
Bildung

Alois von Erhardt
(rechts) und Johannes
von Widenmayer,
Erster und Zweiter
Bürgermeister der
Haupt- und
Residenzstadt
München, um 1886

de. Sendling wurde 1877 schließlich ein Teil der bayerischen Haupt- und Residenzstadt.

Bereits in seiner Antrittsrede als Vorstand der Gemeindebevollmächtigten hatte Erhardt in Betonung eines liberalen Bildungsethos dazu aufgefordert, jedem Antrag auf zusätzliche Mittel für schulische Zwecke zuzustimmen: „Kein Kapital ist besser angelegt, als jenes, welches Sie auf Erziehung und Bildung verwenden.“¹⁴ Als Bürgermeister konnte er mit dem Schulstatut von 1872 Verbesserungen des städtischen Schulsystems umsetzen. Im Sinne einer liberalen Schulreform wurden der Einfluss der katholischen Kirche auf das Schulwesen beschnitten sowie die Unterrichtsbedingungen und die wirtschaftliche Situation der Lehrer verbessert.

Im Februar 1887 erkrankte Erhardt an einem schweren Nerven- und Gehirnleiden. Nach mehrmonatigen Genesungsurlauben reichte er auf Anraten seiner Ärzte im Dezember sein Pensionsgesuch ein, dem Magistrat und Gemeindebevollmächtigte einstimmig entsprachen. Am 26. Mai 1888 erlag er in Nymphenburg seinem Leiden.